



BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
RAIMUND KAMM

Raimund Kamm · Luitpoldstraße 26 · 8900 Augsburg

Maximilianeum
8000 München 85
Telefon (089) 41 26-359

Luitpoldstraße 26
8900 Augsburg
Telefon (0821) 541573

SCHRIFTLICHE ANFRAGE des Abgeordneten Raimund Kamm, DIE GRÜNEN

Transporte abgebrannter Brennelemente aus den Atomkraftwerken Gundremmingen B und C

Ich frage die Staatsregierung:

1. Welche Mengen abgebrannter Brennelemente lagerten jeweils in den Jahren 1987, 1988 und 1989 in den jeweiligen Blöcken B und C des Atomkraftwerkes Gundremmingen, welche Mengen davon wurden in den jeweiligen Jahren abtransportiert?
2. An welchen Tagen wurden jeweils wieviele Brennelemente abtransportiert und zu welchen Tageszeiten haben die Transporte mit welchen Transportmitteln das AKW verlassen?
3. Zu welchem Ziel und auf welchen Routen mit welchen Transportmitteln fanden die jeweiligen Transporte statt, wo wurden die Brennelemente umgeladen und wie hoch war dabei jeweils die Verweildauer an der Umladestation?
4. Befand sich unter den abtransportierten Brennelementen auch MOX-Brennelemente? Wenn ja, wie viele und wann wurden diese mit welchen Transportmitteln wohin transportiert?
5. Wie hoch war das radioaktive Inventar der einzelnen Transporte abgebrannter Brennelemente und welche Menge Plutonium enthielten die einzelnen Transporte?

- Transporte abgebrannter Brennelemente aus AK Gundremmingen

6. Wie viele abgebrannte Brennelemente lagern derzeit in den jeweiligen Abklingbecken der Blöcke B und C, wieviele davon sind MOX-Brennelemente?
7. Wie viele Brennelemente und MOX-Brennelemente sollen jeweils an welchen Tagen im Jahr 1990 mit welchem Transportmittel über welche Route zu welchem Ziel transportiert werden?
8. Sind die Transporte für das Jahr 1990 bereits genehmigt, wer erteilt bzw. erteilte wann die Genehmigung und wie werden die Transporte zum Schutz der Bevölkerung vor den radioaktiven Gefahren gekennzeichnet.

Ich bitte um Aufnahme in die Drucksachen.

München, den 20. 11. 1989

Raimund Kamm

Bayerisches Staatsministerium
für Landesentwicklung und Umweltfragen

Abdruck

StMLU · Postfach 81 01 40 · 8000 München 81

An den
Herrn Präsidenten
des Bayer. Landtags

8000 München

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

30.11.89

Bitte bei Antwort angeben
Unser Zeichen

(0 89) 92 14 - 1
Durchwahl

München
19.03.90

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Raimund Kamm, DIE GRÜNEN betreffend Transporte abgebrannter Brennelemente aus den Atomkraftwerken Gundremmingen B und C

Anlage

3 Abdrucke dieses Schreibens

DS 11/15780

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Schriftliche Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1., 2., 3. und 5. und 6.:

In den Jahren 1987 bis 1989 lagerten (bezogen auf den Stichtag 31.12. des entsprechenden Jahres) in den zu den Blöcken B und C gehörigen Kompaktlagern des Kernkraftwerks Gundremmingen jeweils abgebrannte Brennelemente, in Höhe von maximal zwei Jahresentladungen, wobei eine Jahresentladung einer Brennelementmenge von ca. 30 bis 35 Mg SM (Megagramm Schwermetall) entspricht. Nach der vorgeschriebenen Mindestabkühlzeit von 1 Jahr in den Kompaktlagern des Kernkraftwerks wurden abgebrannte Brennelemente in etwa den jährlichen Kern-

Mg = t

entlademengen entsprechend zur Entsorgung abtransportiert. Diese Transporte wurden ausschließlich auf der Schiene ausgeführt. Bezüglich weiterer Einzelheiten wird auf die Zuständigkeit des Bundesbahnzentralamtes Minden verwiesen, dem gemäß § 24 Abs. 1 Satz 2 Atomgesetz die Beaufsichtigung der Beförderung radioaktiver Stoffe mit der Bundesbahn im Schienenverkehr obliegt.

Zu 4.:

MOX

nein


Zu 7. und 8.:

Genaue Angaben über die im Jahr 1990 geplanten Transporte abgebrannter Brennelemente liegen derzeit nicht vor. Diese Transporte werden den jeweils zuständigen Aufsichtsbehörden und der Genehmigungsbehörde vor Beginn der Beförderung angezeigt. Die Transporte von abgebrannten Brennelementen unterliegen der atomrechtlichen Genehmigungspflicht durch das Bundesamt für Strahlenschutz. Auf § 23 Abs. 1 Nr. 3 Atomgesetz i. d. F. von Art. 2 des zum 01.11.1989 in Kraft getretenen Gesetzes über die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz vom 09.10.1989 (BGBl I S. 1830) wird hingewiesen.

Die Kennzeichnung der Transporte erfolgt gemäß den gefahrgutrechtlichen Vorschriften.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez.


Staatsminister